

Staatshaushalt: Krise kostet viel, aber Inflation lässt die Steuern sprudeln

Finanzminister Magnus Brunner legt am Mittwoch die Budgetplanung vor. Die hohe Inflation wirkt sich positiv und negativ aus. VON ALEXANDER ZENS

Die Einnahmen steigen

Zwischen 12,6 und 15,4 Milliarden Euro betragen die zusätzlichen Steuereinnahmen, die die hohe Inflation dem Staat in den Jahren 2022 und 2023 bringt (davon 10,3 bis 12,8 Milliarden kommendes Jahr). Das geht aus Berechnungen der liberalen Denkfabrik Agenda Austria hervor. Zugrunde gelegt wurden drei Szenarien mit unterschiedlich starken Teuerungsraten zwischen fünf und neun Prozent. Berücksichtigt sind in dieser Prognose die Umsatzsteuer, die Lohn- und Einkommensteuer sowie die Sozialversicherungsbeiträge. Ohne Letztere sind es 7,1 bis 9,2 Milliarden Euro.

Die staatlichen Institutionen müssen aufgrund der Inflation selbst auch mit höheren laufenden Kosten rechnen, etwa für Personal, Büromaterial und Heizen. Nach Abzug dieser bleiben laut Agenda-Austria-Ökonom Marcell Göttert aber immer noch zwei bis vier Milliarden an Mehreinnahmen. Auch ohne kalte Progression könne der Finanzminister mit einem Geldregen rechnen, „ohne dass der Staat etwas dafür tun müsste“, sagt Göttert.

Die schlechtere Konjunktur dürfte dem Staat keinen Strich durch die Rechnung machen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen mit einem nur geringfügigen Anstieg der Arbeitslosigkeit 2023. Das sieht auch Fiskalratspräsident Christoph Badelt so: „Vorausgesetzt, es gibt keinen Gas-Lieferstopp.“ Lohnerhöhungen kurbeln die lohnabhängigen Abgaben zusätzlich an. Und der Konsum wird zwar real ins Stocken geraten, aber die Umsatzsteuer bemisst sich an nominellen Werten.

Die Hilfsmaßnahmen belasten

Die Unterstützungspakete des Staates, um die hohe Inflation für Bürger und Unternehmen abzufedern, betragen kumuliert rund 34 Milliarden Euro. Wie viel davon im Budget 2023 genau wirksam wird, ist eine der spannenden Fragen. Der Staat sollte bei Anti-Teuerungsmaßnahmen zielgerichtet vorgehen, anstatt die Gießkanne auszupacken, sagt Marcell Göttert von Agenda Austria: „Im Budget diese Woche wird sich wieder das Gegenteil zeigen.“

Zwei wirtschaftspolitische Maßnahmen sind keine einmaligen Vorgänge, sondern haben langfristige Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Die kalte Progression wurde weitgehend abgeschafft, damit fließt nicht mehr automatisch ein Körbergeld an den Finanzminister. Laut Agenda-Austria-Prognose wird das 2023 zu Mindereinnahmen zwischen 1,8 und 3,2 Milliarden Euro führen, je nach Inflationsrate. Gleichzeitig werden Sozialleistungen wie die Familienbeihilfe indexiert, sie steigen also künftig automatisch jährlich mit der Inflationsrate.

Der Fiskalrat bezeichnet die beiden neuen Regelungen als grundsätzlich vernünftig. „Aber auch solche Maßnahmen brauchen eine Gegenfinanzierung“, sagt Präsident Christoph Badelt: „Ich vermute, diese wird man im Budget 2023 nicht finden. Das sind langfristige Themen, die auf uns zukommen.“ Denn hier gehe eine finanzielle Schere auf. Die Regierung dürfe Neuverschuldung mit der speziellen Situation begründen. Generell sei die Budgeterstellung in diesen krisenhaften Zeiten herausfordernd, sagt Badelt: „Und es wird von Jahr zu Jahr schwieriger.“



„Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen brauchen eine Gegenfinanzierung. Ich vermute, diese wird sich im Budget 2023 nicht finden.“

■ Christoph Badelt, Präsident des Fiskalrats

Foto: Weibold



„Auch ohne kalte Progression kann der Finanzminister mit einem Geldregen rechnen, ohne dass der Staat etwas dafür tun müsste.“

■ Marcell Göttert, Ökonom von Agenda Austria

Foto: Elke Mayr/Agenda Austria

